

Bl „Frische Luft für Mülheim“



Mülheim an der Ruhr, den 16. 03. 2011

i.A. Britta Stalleicken, Tilsiter Str. 48 a, 45470 Mülheim an der Ruhr, Tel.: 02 08 – 37 45 15

Offener Brief an die
Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
Staatskanzlei NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Kraft,

angesichts der aktuellen Umweltkatastrophe in Japan fällt es sicherlich schwer, die Aufmerksamkeit auf Probleme der kommunalen Ebene zu fokussieren. Dennoch möchte ich mir erlauben, das Thema „Inanspruchnahme der unerschlossenen Naturflächen im Außenbereich“ in unserem Land Nordrhein-Westfalen anzusprechen, und hier speziell für unsere gemeinsame Heimatstadt Mülheim an der Ruhr.

Da ein zunehmender Mangel an natürlichen Ressourcen, speziell dieser benannten Freiflächen in NRW zu verzeichnen ist, wird die zu beachtende Balance zwischen dem Konsum dieser Freiflächen, der von subjektiven ökonomischen Interessen gesteuert ist einerseits und dem zu haltenden ökologischen Nutzen im Sinne des Gemeinwohls andererseits immer deutlicher.

Um auf mein Anliegen zu kommen, erlaube ich mir zunächst aus dem Leit Antrag der SPD zum Landesparteitag 2010 zu zitieren.

*„In Nordrhein-Westfalen werden wir beweisen: Fortschritt entsteht, wenn wir die Herausforderungen des Klimaschutzes beherzt meistern. „
Zit.: Leit Antrag zum Landesparteitag 2010, SPD*

Aus dem Leit Antrag zum Landesparteitag, der NRWSPD, am 26./27. Februar 2010, zur Landtagswahl am 9. Mai

„IV. Ökologisches Wachstum und Innovation

- Die Menschen stehen im Mittelpunkt unsers politischen Handelns

Wir stehen für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt jedes Handelns rückt. Politik darf sich niemals an einseitigen Interessen ausrichten, sondern muss allein dem Ziel dienen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

- Fortschrittmotor Klimaschutz

SPD hat schon einmal gezeigt, dass "Der blaue Himmel über der Ruhr" erreicht werden kann. „Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: wir machen aus dem Ruhrgebiet eine Öko-Region, in der für Kohle, Stahl und Chemie Platz ist. Wir machen ganz NRW zum europäischen Zentrum des Fortschrittmotors Klimaschutz.“

- Leitmärkte für ökologische Industriepolitik

Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren

Boden stellt eine unvermehrbar und unverzichtbaren Lebensfaktor dar.

Er ist grundlegend für die landwirtschaftliche

Produktion, er ist ein wichtiger CO₂-Speicher und

als Freifläche wichtig für die Erholung der Menschen - dies gilt insbesondere für eine dicht besiedelte Region wie NRW.

Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick auf die Ressourcenknappheit, den Erhalt der Biodiversität und der

zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine wachsende Bedeutung.

Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktionen, wie auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die Folgen sind langfristig und oftmals irreparabel: Neben der unmittelbaren Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden, werden Landschaften zerschnitten, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit größeren Aktionsradien tauglich.

Die verloren gehenden Äcker, Wiesen und Wälder fehlen nicht nur den Landwirten als Produktionsgrundlage, sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können ihre Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen.

Für den Menschen gehen wichtige Erholungsräume und Kulturlandschaften verloren. Diese prägen auch das Bild von Heimat und stellen so auch eine große emotionale und soziale Bedeutung dar.

Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenverbrauch drastisch zu senken.

Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die Zerschneidung von Landschaften minimieren.

- Kernpunkte der Zielsetzung sollten sein:

Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im Klimaschutzkonzept der SPD- geführten Landesregierung für die Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden sind.

Eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar zu verbessern.

Eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und Agrarförderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlungen sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen und Baulücken.

*Eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industriebrachen.
Eine Reform des Systems der Kommunalfinanzen, um Anreize zur
weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu dämpfen und
stattdessen die ökologische Aufwertung von Flächen zu
honorieren.*

*Die Agrarpolitik des Landes muss Leistungen der Landwirtschaft
zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern. Durch konkrete
Zielvereinbarungen soll auch in NRW verstärkt der Bodenschutz
und die Artenvielfalt geschützt werden.*

*Eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen auf die
demografischen Veränderungen und Flächen schonende Steuerung des
Wettbewerbes um Einwohner.“*



Sehr geehrte Frau Kraft,

ich möchte bei dieser Gelegenheit meine große Zustimmung zu dem
Landesparteiprogramm der SPD bekunden.
Ich sehe die SPD da, wo ich sie immer empfunden habe, nah bei den Bürgern.

Die Politik vor Ort

Nirgendwo wird Politik so unmittelbar wahrgenommen wie auf der
kommunalen Ebene. Hier werden die alltagsprägende Entscheidungen
getroffen, die dann den Ablauf der Menschen in den Städten, Gemeinden
und Kreisen bestimmen. Dabei ist es das verantwortliche Ziel, für alle Bürger
gute Bedingungen mit hoher Lebensqualität zu schaffen.

Soziales marktwirtschaftliches Denken soll das Gemeinwohl vor dem
grenzenlosen und hemmungslosen Gewinnstreben Einzelner schützen und
nicht umgekehrt. Viele Menschen wenden sich von der demokratischen
Willensbildung, von den Parteien ab.

Sie haben die Hoffnung verloren, dass die demokratische Politik ihr Leben und
ihren Alltag versteht, geschweige denn, dass sie daran etwas ändern könnten.

An konkreten Fallbeispielen möchte ich an diese Stelle auf die
Bebauungspläne im Außenbereich liegenden Gebiete Menden/Bergerstraße
und Tilsiter Straße/ Haustadtsfeld in Mülheim an der Ruhr anführen, die im
Planungsausschuss aktuell verhandelt werden.

Obwohl von Gutachtern, Biologen, Naturschutzvereinen und dem
Landschaftsbeirat veritable Gründe vorgebracht wurden, diese Gebiete zu
schützen und die Bauvorhaben nicht zur Planreife zu bringen, scheint es für
die SPD Vertreter an dieser Stelle immer noch schwer zu sein, hier im Sinne des
Leitantrages, im Sinne des Umweltgedanken und den Empfehlungen der
Umweltgutachten entsprechend umzudenken.



Im Sinne des Gemeinwohls entscheiden

Die ökologischen Gegebenheiten unserer Stadt zu schützen und die damit verbundene Gesundheit und Lebensqualität der Bürger zu sichern, sollte ein ernst genommenes sozialdemokratisches Thema sein, das nicht den ansässigen Umweltverbänden überlassen werden sollte. Auch Bürgerinitiativen treten mit großem Engagement und hohen Kosten für Natur und Umwelt ein.

Den Umweltschutz hat die SPD in Ihren Leitantrag aufgenommen und ausführlich vorgestellt.

Der Bürger ist als kritischer Beobachter fähig, differenzierte Beobachtungsvorgänge zu bewerten und resultierend daraus zu handeln. Wenn nun der aufgestellte Leitantrag der SPD mit den Entscheidungen der kommunalen Entscheidungsträger abgeglichen wird, fällt in aller Deutlichkeit eine Diskrepanz der von der SPD publizierten Ansprüche und der realen Umsetzung auf der kommunalen Ebene auf.

Frau Kraft, ich möchte Sie als SPD Mitglied und als Bürgerin der Stadt Mülheim an der Ruhr mit diesem Schreiben bitten, auf ihre Parteigenossinnen und Genossen im Sinne der Glaubwürdigkeit einzuwirken, die ausgearbeiteten Leitlinien auf der kommunalen Ebene umzusetzen, damit die Bürger vor Ort die SPD als eine geschlossene und authentische Einheit wahrnehmen können.

Über ein gemeinsames Gespräch zu diesem Thema würde ich mich freuen. Falls Sie Nachfragen zu detaillierten Informationen haben, sende ich Ihnen gerne Material zu.

Mit freundlichen Grüßen



Für die Bürgerinitiative „Frische Luft für Mülheim“

Britta Stalleicken